

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 6 (1938-1939)
Heft: 10

Artikel: Nationale Regeneration
Autor: Mojonnier, Arthur
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-760252>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Nationale Regeneration

Von Arthur Mojonnier.

Manches ist in den letzten Wochen über Landesverteidigung geschrieben und gesagt worden. Das Volk ist aufgerüttelt und es hat allen Grund über diese Fragen, vor allem über sich nachzudenken.

Wie seit langem nicht mehr, ist eine bejahende Stimmung vorhanden, die über die Stacheldrahtverhaue der Parteien, über die Zäune der Eigenbrötelei, vom Stammtisch der ewigkritischen Besserwisser, vor allem aber aus den volksreichen Quartieren der sogenannten Unpolitischen, zur Nation, zum Zusammenschluss, zur einheitlichen Willenskundgebung drängt.

Von der Tatkraft und dem Weitblick der Behörden und der eidgenössisch gesinnten Parteien wird es abhängen, ob man diese seelische Bereitschaft ausnütze, ob man das Korn mähe, wenn es in Reife und Kraft steht, oder ob man über der Befprechung der Methoden des Schneidens und Einbringens das gute Wetter vertrödle und die Garben binden will, wenn die Frucht bereits angefault ist.

Darum wollen wir unsere Darlegungen einen Beitrag der Wegbereitung zum Handeln nennen, und hoffen, dass die Dreissigerjahre unseres Jahrhunderts genau so wie vor hundert Jahren, unter dem Ehrennamen der nationalen Regeneration in der Geschichte unseres Landes weiterleben. Wir alle sind als Bürger und Schweizer beauftragt, dabei mitzuhelfen, oder wir versündigen uns an unserem Volke und seiner Zukunft. Keiner ist, den die Sache nicht anginge, es sei denn, er vergesse, verleugne oder verrate die Verpflichtung, die ihm die Volksgemeinschaft und das demokratische Glaubensbekenntnis auferlegen, oder er habe so blöde Augen, einen so trägen Sinn, dass er Bedeutsamkeit und Schwere des Augenblicks nicht sehe und verstehe.

Wir werden also unser Problem: die moralischen Grundlagen unserer Landesverteidigung — ausschliesslich vom Schweizerboden aus und auf rein eidgenössische Ziele abgesteckt, behandeln. Dabei betonen wir vor allem unsere Eigenart und die Tatsache, dass die schweizerische Demokratie unsere persönlichste Angelegenheit, unsere Familien-Angelegenheit ist, in deren Deutung sich keinerlei fremde Zugvögel einzumischen haben, die sich bei uns zum Ausruhen und zum Futterfassen niederliessen. Und ebenso peinlich wollen wir unsere Gedankengänge ausgeschieden wissen von irgend einer der Weltideologien, auch wenn sie die Demokratie noch so tönend in der Schlagzeile führen und das Wort der Freiheit in Rotdruck in die Welt verbreiten.

Wir Schweizer haben uns schon zu sehr mit diesen Dingen abgegeben. Es ist gescheiter, endlich einmal einzusehen, dass wir keine Schimpfinsel sein sollen, keine Lehrkanzel für allerhand politische Apostel, sondern ein kleines, eigenartiges Land, das nichts anderes begehrte, als den ihm angestammten Charakter um seiner selbst willen, gegen niemanden und nur für sich zu wahren.

Und überdies müssen wir auch zur Einsicht gelangen, dass wir alle Ursache haben, über uns selber kritisch nachzudenken, denn es gibt im eigenen Haushalt so Vieles, so Wichtiges und vor allem so Dringliches zu tun, so manche offene Unzulänglichkeit zu beheben, dass uns wenig Zeit bleiben dürfte zur Allerweltskritik.

Die innere Situation der Schweiz.

Eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Landesverteidigung ist ein starkes Land, die Vorbedingung dazu aber ist eine gesunde von nationalen Gesichtspunkten gelenkte Politik. Daraum müssen wir einen Blick auf die laufende Politik werfen. Dieser Situationsbericht soll die Augen darüber öffnen, dass uns nicht so sehr von aussen, sondern von innen her ernste Gefahren drohen. Man muss sich über eine Sache völlig im Klaren sein: Unser Land ist immer in dem Masse von aussen her gefährdet als es im Innern uneinig, durch Parteien zerrissen, durch Ideologien zersetzt, finanziell erschüttert, wirtschaft-

lich gelähmt, moralisch vermaterialisiert und in seiner Führung grundsatzlos und gehemmt ist.

Unsere erste Sorge im Hinblick auf die Verteidigung unserer Heimat muss daher sein, im Innern nach dem Rechten zu sehen und eine Politik zu treiben, die nicht von Departementstechnikern, Interessegruppen, Partei- und Wählererwägungen ausgeht, sondern auf das Wohl des ganzen Landes und auf die Bereitstellung moralischer und materieller Reserven für einen möglichen Notfall gerichtet ist.

Wenn wir nun aber unsere laufende Politik aus diesem Be- trachtungswinkel überprüfen, so müssen wir mit Bekümmern feststellen, dass der interne, politische Vorgang den demokratischen Bau und die demokratischen Inhalte unseres Landes stark verfälscht und in Frage stellt.

Wir vermissen weitgehend ein politisches Denken aus einer Idee, den Einsatz aus einem nationalen Glauben und ein Handeln aus dem Ethos des eidgenössischen Bekenntnisses.

Wir leiden an einer starken Zersplitterung auf Sonderziele, es fehlt das Bewusstsein von einem nationalen Werk, dem wir das Einzelne rückhaltslos unterzuordnen haben, dem alle Volksklassen, sei es durch Verzicht oder Leistung, das ihnen Zukommende opfern müssen.

Statt dessen kreist unsere Politik um Einzelheiten, um Kompromisse, um technische Fragen. Opportunitätspiloten lotsen das eidgenössische Fahrzeug möglichst durch die Klippen des Sondernutzens hindurch. Wenig spürt man von einer grossen, begeisternden, mitreissenden Ueberzeugung, deren zündender Funke auf die Massen, auf die Jugend überspringen könnte; und doch täte uns ein Mahnruf not, denn wir sehen — um ein biblisches Wort zu brauchen, den Splitter in des nächsten Auge, nicht aber den Balken im eigenen.

Man mache sich nur einmal in ganz runden Zahlen ein Bild unseres wahren Zustandes, das uns einmal die Ueber- handnahme des Staates, und gleichzeitig seine wachsende Ueberlastung kund tut, sodass der Bund heute Mühe hat, seine vornehmste und eigenste Aufgabe zu erfüllen: die Landesverteidigung.

Wir stehen vor der Tatsache einer öffentlichen Verschuldung von Bund, Kantonen und Gemeinden von über 9 Milliarden, das sind 2300 Franken auf den Kopf eines jeden Bewohners in unserem kleinen, rohstoffarmen mit wirtschaftlichen Schwierigkeiten ringenden Lande. Die Schulden machen tatsächlich rund einen Viertel des gesamten Volksvermögens aus. Die totale Bundesüberschuldung kreist um die 4 Milliardengrenze, alles zusammengenommen.

Ich möchte hier auch auf die politische Seite dieser Bundesverschuldung hinweisen. Zunächst sind einige grosse politische Posten darunter: die Bundesbahnen mit einer Ueberschuldung von 2 Milliarden, die Pensionskassen mit Fehlbeträgen von rund 1,2 Milliarden.

Bei der Bundesbahnsanierung ist eigentlich nur die Bilanzbereinigung übrig geblieben, die Kardinalpunkte der wirklichen Reorganisation — beispielsweise die eigene Rechtspersönlichkeit — sind gefallen unter dem Einfluss der Gruppen- und Parteipolitik. Noch deprimierender im Hinblick auf die nationalen Ziele ist die Geschichte mit den Pensionskassen, wo erst in Sachen Bundesbahn ein sog. Einigungsvorschlag $\frac{5}{6}$ des Fehlbetrages v. 720 Millionen der Bundeskasse überbürdet, ohne für die Zukunft Garantien zu schaffen.

Man wundere sich nicht, dass wir im Zusammenhang mit unserem Thema von diesen Dingen sprechen. Aber sie gehören dazu, weil die Nation gegenwärtig vor eine gewaltige moralische und materielle Anstrengung gestellt ist, bei der es gilt Mittel und Reserven bereit zu halten unter gleichzeitiger Bewahrung und Festigung der freiheitlichen sozialen Grundlagen unserer föderalistischen Demokratie.

Und unserem Lande sind materiell Grenzen gesetzt. Wir müssen unsere Kräfte richtig einschätzen und uns davor hüten in besten patriotischen Absichten gewisse Schäden zu übersehen und eine Politik zu treiben, die sich vielleicht nicht im Moment sicher aber später bitter rächen muss. Denn eines steht unbedingt fest: eine progressive Staatsverschuldung ist eine Gefahr für unsere Unabhängigkeit.

Diese Gefahr aber wird auf weite Sicht auch nicht durch die rücksichtslose und opferbereite Herstellung des finanziellen Gleichgewichts durch Ausbau des Steuersystems behoben, so-

bald wir dabei die normale, unglücklicherweise nicht zunehmende Kapazität unserer Wirtschaft überfordern. Wenn wir eine Politik treiben, die sich nicht auf die uns unwiderruflich gegebenen Schranken einstellt, so zersetzen wir unsere soziale und wirtschaftliche Ordnung und werden schwersten Störungen entgegengehen.

Wir müssen mit Nachdruck die Forderung stellen, dass sich unser Haushalt umordne auf die dringenden Aufgaben und dass ihnen alle Klassen ein Opfer bringen, sei es direkt durch eine Leistung oder auch durch einen Verzicht. Ist es ein Unding zu verlangen, dass der Bruder auf seine Ferien verzichte weil eines der Geschwister erkrankt ist, und die Mittel sonst für die Kosten der Heilung nicht vorhanden wären?

Das ist die moralische Seite der Angelegenheit, wobei wir nicht um die Feststellung herum kommen, dass es um die nationale Solidarität nicht gut bestellt ist, wenn wohl organisierte und gut geführte Gruppen und Verbände ihr Abstimmungsgewicht rücksichtslos einsetzen, nur um ihren Sondernutzen durchzudrücken.

Aber noch etwas zeigt sich hier im öffentlichen Leben; die offensichtliche Schwäche unserer Staatsleitung, die nicht mehr imstande zu sein scheint, das von ihr als das Richtige erkannte durchzusetzen.

Die Schuld daran trägt nicht in geringem Masse die Uneinheitlichkeit und Mutlosigkeit der bürgerlichen Front. Sie hat es bewirkt, dass in einem mehrheitlich aus nationalen Parteien gebildeten Parlament eine bürgerliche Regierung ihre Vorlagen meist dann erst realisiert, wenn man sie mit der staatssozialistischen Opposition bereinigt hat. Der Staatssozialismus aber, der uns schon tief in den Knochen sitzt, wird uns verderblich, indem er uns auf den gleichen Weg führt wie die Diktaturstaaten. Darum ist eine gesunde Finanzpolitik und die Erhaltung einer selbständigen, freien Wirtschaft eine wichtige Voraussetzung zur Bewahrung unserer Demokratie und unserer nationalen Kräfte, die unsere Unabhängigkeit verbürgen. Wir müssen uns bewusst sein, dass eine Fortsetzung einer Politik auf Kosten der Substanz, wie wir sie heute betreiben, langsam aber sicher zum

Verhängnis führt. Wir haben an Hand von zwei wichtigen politischen Fragen die Tatsache zu zeigen versucht, dass es in der Tagespolitik stark an nationaler Gesinnung und an nationaler Führung gebricht und dass weiterhin Partei und Interesse unser Volksganzes zersetzend beeinflussen.

Man könnte dieses Symptom an allen bedeutenderen Gesetzeswerken und politischen Problemen aufweisen, an der Finanzreform, an dem Kampf um die Verkehrsteilung und sogar am Gesetzesentwurf zur Förderung der Landesverteidigung und der Arbeitsbeschaffung.

Es soll hier nicht geschehen, weil es zu weit von unserem eigentlichen Thema abführen würde. Woran uns liegt, ist zu zeigen und zu betonen, dass vom Standpunkt einer Aufforstung der Nation an diesen handgreiflichen politischen Realitäten nicht vorbeigegangen werden darf. Was nützen alle schönen Worte, wenn sie nicht zum Handeln führen. Was ist der Christ wert, der im Gottesdienst gerührt Tränen der Reue vergiesst, und tags darauf seinen lieben Nächsten über den Löffel balbiert. Genau so viel gilt ein nationales Bekenntnis, das aus Abneigung und Opportunität und nicht aus Liebe und Hingabe zur Heimat gegeben wird, und das niemanden daran hindert, die bisherige Nutzpolitik weiterzuführen. Und der Bürger sollte nicht vergessen, dass die Einzelfragen alle ihre grundsätzliche Bedeutung haben. Das führt uns zu der betrüblichen Feststellung weitgehender **Grundsatzlosigkeit unserer Politik**.

Wir möchten keinem jungen, intelligenten Schweizer die bundesrätlichen Botschaften zur patriotischen Lektüre empfehlen. Sie sind voller Widersprüche, und was in der einen grundsätzlich begründet wird, das wird unbekümmert in einer späteren über den Haufen geworfen. Wenn wir im Parlament dringliche Bundesbeschlüsse mit rückwirkender Kraft annehmen, so fragt man sich besorgt, wie es in Zukunft mit der Rechtssicherheit noch werden soll und wie es mit dem rechtsstaatlichen Gewissen bestellt ist. Und die **Arbeitsbeschaffungsvorlage**, belastet mit der **Ausgleichssteuer**, die den sittlichen Ideen unserer Verfassung, den Freiheitsrechten und der Rechtsgleichheit direkt zuwider läuft! Man ist bei unserer Regierung geneigt, sich mit dem rein formal juristischen Standpunkt zu begnügen und keinen Anstoss daran zu nehmen, wenn in der

Verfassung Dinge stehen, die sich gegenseitig aufheben, widersprechen und ausschliessen. Man kommt beim Studium der Frage: wie führt man die Schweizer zum Bewusstsein einer einsatzbereiten, vitalen Nation nicht um das Postulat herum, dass unsere Behörden, die Regierung, das Parlament, die Parteien die Idee des Landes verkünden und vertreten müssen, was sie bis jetzt zu wenig beobachtet haben. Es geht nicht an, dass unsere Gesetzgebung, ausgesprochen gegen den geistigen Inhalt unseres Staates handelt ohne imstande zu sein, ein anderes, nationales Ideal an seine Stelle zu setzen.

Volk und Staat haben sich im Bewusstsein zu trennen begonnen; die lebendige Demokratie ist beeinträchtigt und das Recht, das Macht und Freiheit gegeneinander auswieg, hat an Autorität eingebüsst. Ausserdem fehlt es im Volk am positiven nationalen Gedanken und Ziel und namentlich auch an politischer, nationaler Vitalität, die mehr ist als Abneigung und Angst in Bezug auf fremde, unschweizerische politische Systeme.

Die Volksmeinung äussert sich bei uns im Sinne einer Fürsorgepsychologie. Der Drang nach der festen Stelle, nach der Pension, nach dem mündelsicheren Papier und nach der Versicherung herrscht vor, und der Geist des einsatzbereiten, selbst verantwortlichen Unternehmers wird immer spärlicher. Subsidien, Stützungen und Fürsorgeleistung gelten als Heilmittel, der selbständige Mittelstand schrumpft zusammen, der Staat schwächt auf und die moralischen Kräfte einer demokratischen Nation schwinden.

Neben die objektiven Gefahren für unsere Demokratie, neben die Vorgänge, die durch die Schwerkraft des historischen Prozesses erzeugt werden, treten die politischen Gefahren, die unter Ausnutzung der materiellen Schwierigkeiten den nationalen Staat auflösen. Wir werden immer noch durch die Parteiungen in der nationalen Aktion gehemmt, und das ist der Einheit der Nation nicht eben zuträglich, insbesondere, wenn man die anti-nationale Zielsetzung vieler angeblich nationaler Gruppierungen kennt. Umso bedenklicher und ernster erscheint uns auf diesem unerfreulichen Hintergrund die starke ausländische Ideenbeeinflussung, der wir umso eher erliegen, als wir selber, sprachlich zu Kulturkreisen gehören, die über unsere Landesgrenzen

reichen. Daher ist die Propaganda der politischen Ideologien wirksamer als man wahrhaben möchte. Dabei muss man weniger die Druckerzeugnisse fürchten, die durch ihre plumpe und offensichtliche Schreibweise sich selber verraten, und gegen die man mit handgreiflichen Mitteln fertig wird. Viel gefährlicher wirkt das von Auslandsstellen gelieferte Nachrichtenmaterial aus bestimmten Agenturen, das in unseren Tageszeitungen erscheint, das bewusste, durch propagandistische Radiosendungen gespeiste Gerüchtemachen.

Die ganze Heimtücke und Gefährlichkeit der ausländischen Propaganda geht aber daraus hervor, dass sie nicht einfach um Sympathie, um wirtschaftliche Vorteile wirbt. Sie geht vielmehr darauf aus, das eigene Volk in feindliche Lager aufzuspalten, sie steht hinter dem politischen Parteikampf, sie arbeitet mit den Mitteln der Brunnenvergiftung an der Auflösung der nationalen Gesinnung. Die eidgenössische Bundespolizei wüsste darüber Mancherlei zu berichten.

Und zur Vervollständigung des Bildes müssen wir noch von den Tatsachen sprechen, die sich objektiv aus der veränderten europäischen Lage ergeben, und aus denen wir ohne jegliche Zu- oder Abneigungen mit neutraler Sachlichkeit einige Schlussfolgerungen zu ziehen haben.

Wir sind dabei der Ansicht, dass es wenig Sinn hat über die Liquidation eines politischen Zustandes zu lamentieren und sich an der Klagemauer einer sogenannten Humanität die Haare zu raufen. Dazu war die Nachkriegspolitik viel zu reich an Unwahrheiten und historisch-politischem Widersinn. Aber diese Erkenntnis ändert nichts an dem Ernst der Dinge, der uns zwingt stark, einig und vorbereitet zu sein und das als neutrales Volk, ohne feindliche Gefühle, um unser selbst willen. Einen Rüstungswettlauf können wir auf die Dauer kaum mitmachen. Umso eher müssen wir politisch und geistig so geschult werden, unser äusserstes als Volk zu leisten. Die Tatsache des österreichischen und sudetendeutschen Anschlusses hat auf Grund des geschichtlichen Massenwirkungsgesetzes Kräfteverschiebungen bewirkt, die wir politisch und vor allem wirtschaftlich zu spüren

bekommen, und die uns deutlich und dringend zum Zusammenschluss auf allen Tätigkeitsgebieten der Nation mahnen.

Was uns aber aus der Ueberprüfung des Gegenwartsgeschehens in erster Linie beachtenswert erscheint und uns veranlasst, die Bewusstmachung der Nation eine Zukunftsfrage der Schweiz zu nennen, das ist die Schwerkraft der nationalen Dynamik, die faszinierende Anziehung einer disziplinierten, opferbereiten, mit sichtbarem, wenn vielleicht auch trügerischem Erfolg marschierenden, zielbewusst geführten Nation. Das Ansteckungsmoment der erfolgreichen Tatbereitschaft auf unsere Jugend ist nicht auf die leichte Schulter zu nehmen. Dieser Faktor, der objektiv wirkt, ist gewichtiger als alles andere.

Wir stehen vor der schwierigen und doch unerlässlichen Pflicht in unserem Volk den Nationalen Gedanken zu mobilisieren und zur Vorherrschaft zu bringen. Beim Fehlen jeglicher äusserer Dynamik können wir das nur von innen her und auf die Innenpolitik bezogen tun. Die Forderung, welche die Gegenwart an uns richtet, ist keine Forderung der blossen Anpassung, der technischen formal juristischen Gesetzgebung. Sie stellt vielmehr von innen her, aus der Idee gesehen die höchsten Anforderungen. Sie zielt in letzter Konsequenz auf die Nation und ihre politischen Inhalte. Die schweizerischen Urprinzipien stehen im Spiel der politischen Kräfte. Werden sie die Probe bestehen oder wird der Geist der alten Demokratie unterliegen?

Werfen wir den totalen Einsatz an Vitalität und Willenskraft, die gesamte Bereitschaft zum uneigennützigen und begeisterten Dienst auf die Farbe der schweizerischen Nation und wir werden das Spiel gewinnen. Der Weg hiezu ist die Bewusstmachung der Nation im täglichen Leben des Volkes. Unser Nationalismus sei nicht wie ein Sonntagskleid, das man zu feierlichen Angelegenheiten anzieht und trachtet es zu schonen. Die Nation sei nicht die gute Stube, in der man zwei, dreimal im Jahre Besuch empfängt und sie im übrigen sorgsam verschliesst. Ganz im Gegenteil, der Nationalismus sei das tägliche, ehrliche Arbeitskleid aller Eidgenossen, die Nation der Werkplatz auf dem alle zusammenschaffen am Bau, am Wohl der Heimat, auf dem wir aber auch unsere tönenden, farbigen Feste feiern.

Die grosse Masse zur vitalen Nation aufzurufen und sie patriotisch in Aktion zu setzen ist keine leichte Aufgabe. Sie ist an sich schwierig, weil unser Nationalismus auf imperialistische Dynamik verzichtend, ein Kult der Selbstgenügsamkeit ist und wie gesagt der Attraktion und Sensation des äusseren Erfolges entbehrte. Das Dilemma ist für uns, dass wir wohl einen nationalen Sinn künden können, aber es schwer haben ihn als begeisternde Tatkraft in die Wirklichkeit umsetzen, da uns unüberschreitbare Schranken gesetzt sind.

Die politische Idee der Schweiz.

Die Zukunft der Eidgenossenschaft beruht im Wesentlichen auf einer Wahrung ihrer historischen Grundlagen und weiterhin auf einer ständigen, geistigen, nicht zuletzt moralischen Anstrengung, die Aufgaben der Gegenwart vom nationalen Ethos aus zu durchdringen und damit in die Zukunft vorzubauen. Im Hinblick auf die Schäden und Gefahren, die wir bei der Darlegung unseres politischen Zustandes kennen lernten, fordern wir darum die Reaktivierung der Idee.

Das schweizerische Problem ist ein Problem der Staatsführung, nicht der Gesetzgebung, der Programme, der Initiativen. Der Handelnde, und das ist bei uns eigentlich jeder Bürger, vor allem jedoch der Führende, kann nur aus einer Idee heraus Grosses leisten, zumal als es heute darauf ankommt ein Ganzes zu tun, anstatt in Einzelaktionen zu erlahmen.

Die Schweiz ist eine Schicksalsgemeinschaft; sie beruht nicht auf Blut, Rasse, Sprache oder auf einer geographischen Selbstverständlichkeit, sie fußt auf ihrer Geschichte und auf einem fest umrissenen, politischen Willen. Sie ist das Ergebnis einer durch Leistung und Tüchtigkeit lebendig erhaltenen Erbmasse und sie wird solange Bestand haben, als die patriotische Leistung auf allen Gebieten des schweizerischen Lebens nicht nachlässt. Der politische Wille und seine tragende Idee ist die Freiheit. Das Bewusstsein sie erkämpft zu haben, war je und je stärker als alle Institutionen. Die Bereitschaft, neuerdings um ihre Erhaltung zu kämpfen, und zwar nicht nur gegen einen mutmasslichen äusseren Feind, sondern auch gegen ihre Gefährdung von innen her durch Wirtschaftsnöte und den Einfluss der überhandnehmenden Versorgungspsycholo-

gie, entscheidet über unsere Zukunft. Freiheit im politischen Sinne aber ist nicht einfach ein Recht, ein Freibrief, zu tun und zu lassen, was einem gerade passt. Freiheit ist eine soziale Idee, sie ist ein Recht, das nur solange besteht, als es seine Pflicht, den tätigen Dienst an der Gemeinschaft, erfüllt. Sie enthält darüber hinaus im Innersten eine sehr unerbittliche Verpflichtung, die sich auf das Individuum an sich bezieht. Freiheit besteht nur solange, im politischen Bereiche, besonders, als man gewillt ist um ihretwillen zu verzichten. Die grösste Gefahr, die seit allen Zeiten der Freiheit gedroht hat und droht, ist, dass man ihrer nicht würdig ist, dass man sie um des persönlichen Vorteils willen missbraucht, oder eher noch verkauft. Sie ist für uns ein naturgegebenes, unveräußerliches Recht und kann durch keine Verfassungsänderung beseitigt werden. Die Freiheit ist uns nicht vom Staate gegeben, sie steht grundsätzlich nicht in der Kompetenz des Staates. Im Gegenteil, der Staat hat den Auftrag die Freiheit zu schützen.

Unser Staat hat also als eine zentrale, kulturpolitische Aufgabe, die Bürgerschaft zur Freiheit zu erziehen, er hat aber kein Recht, sie im Wesen anzutasten, sondern alleine ihren Missbrauch zu hindern.

Erziehung zur Freiheit nun ist gleichbedeutend mit Schulung zur Selbstverantwortung, zum Freiheitswillen, zum unternehmenden Wagemut, zur Einfachheit. Diese Eigenschaften gehen unserem Volke und besonders der Jugend noch zu stark ab, und das bedeutet eine der grössten Zukunftssorgen, insbesondere da man in unserer Politik durch ihre Fürsorge- und Stützungstendenz, durch die Köderpraxis der Parteien und die Neigung der Masse, sich an den Meistbietenden zu verkaufen, das Volk in dieser Richtung zielbewusst verdirbt.

Und in besonderer, in eigentümlicher Form erscheint die Freiheit im Föderalismus, in der Idee der lokalen Autonomie, die sich bis zur Gemeinde fortsetzt und auf das Individuum übertragen in die unantastbare Sphäre der autonomen Persönlichkeit mit ihren Freiheitsrechten ausmündet.

Der Föderalismus ist wie gesagt die auf die geschichtlichen Grundlagen der Eidgenossenschaft — die Kantone — bezogene Freiheit. Er ist das Irrationale in unserem Staatsgedanken, ein inneres Gegengewicht gegen die Massendemokratie und den Ra-

tionalismus, der an sich zentralisierenden Gesetzgebung. Ursprünglich ist er der politische Gedanke der eidgenössischen Bündnisse, und wir dürfen nicht vergessen, dass unser Bund eigentlich darum entstanden ist, dass der einzelne Ort freibleibe. Die Schweiz beruht somit letztlich auf Gegensätzen, die aufeinander angewiesen sind. Politisch bedeutet das eine Grenzsetzung für die Bundesgesetzgebung überhaupt, die sich nicht mit Gründen der technischen Zweckmässigkeit, ja selbst nicht einmal mit dem Hinweis auf die höhere Qualität eines Bundesgesetzes überschreiten lässt, weil es den Zustand der inneren Ausgeglichenheit in Frage stellt. Gegensätze werden durch straffe Zentralorganisation eher verschärft als geeint, diese Tatsache erleben wir in der Nachwirkung der Annahme des Strafgesetzes deutlich.

Aber wie die Freiheit dem Einzelnen schwere Pflichten überbürdet, so enthält der Föderalismus für die Kantone ein Leistungs- und Verzichtsgebot. Wir brauchen einen aktiven-initiativen Föderalismus, der den Dingen entgegengesetzt und die akut gewordenen politischen, namentlich kulturpolitischen Aufgaben aus eigenem Antrieb löst und sich nicht in der Abwehr erschöpft. Allerdings muss man mit Nachdruck darauf hinweisen, dass wir den politischen Prozess ganz allgemein stärker und unbedingter als bis dato aus dem kantonalen Bereich heraus leiten müssen. Die Aktionsrichtung muss vorwiegend aus dem Kanton zum Bund verlaufen, wo es nur irgendwie geht. Wir betrachten es als eine schwerwiegende Wandlung, dass sich das Verhältnis in den letzten Jahrzehnten umgekehrt hat. In der Wirtschaftspolitik ist das bis zu einem gewissen Grade unumgänglich. Umso weniger sollte man die Zentralisierung dort betreiben, wo sie irgendwie zu entbehren ist.

Der Föderalismus ist ein unantastbares nationales Dogma, von dem aus man die politischen Aufgaben, vor allem die Finanzreform, lösen muss. Und neben die Freiheit, die Selbstverantwortung, den Föderalismus tritt das Recht, das alte gute, dem Volke dienende Recht, vom Staate aus gesehen der Rechtsstaat, der leider auch bei uns nicht mehr tabu ist, wie wir aus der Darstellung der politischen Situation gesehen haben.

Der Rechtsstaat darf bei uns nicht zu einer formaljuristischen Sache werden. Er muss die ethischen Rechtsinhalte verwirklichen.

Das Recht und seine untadelige Handhabung sollen als schirmende Macht die Freiheit betreuen.

Freiheit, Selbstverantwortung, Föderalismus und Recht ist die eidgenössische, nationale Devise aus den inneren politischen Bereichen gesehen; in das Prinzip der Neutralität und des Wehrwillens mündet alles das ein, in die existenzbewahrende, gesamtschweizerische Haltung, das Endziel aller schweizerischen Kulturpolitik und jedes nationalen Bekenntnisses.

Erziehung zur Nation.

Erziehung zur Nation ist Disziplinierung der Demokratie, Schulung zur Freiheit. Der Staat kümmere sich mit wachsamer Strenge um die restlose Gesinnungstreue seiner Bürger und spanne sie mit allen Mitteln ein zur Arbeit an sich und am nationalen Ganzen. Hier darf es keine Lauheit, keine Kompromisse und keinen Intellektualismus in wissenschaftlichem Spiritus geben, bei aller Wahrung des freien, verstehenden Blickes für die Dinge rings um uns.

Wir müssen offenen Geistes genug sein, das Positive bei andern Völkern zu erkennen und uns ihre Erfahrungen und Mittel, wo es angeht, dienstbar machen. Es wäre borniert und schwachsinnig, einfach alles abzulehnen, weil es von einer uns im Wesen fremden Welt her kommt. Was würde man von einem Menschen sagen, der den Gebrauch einer leistungsfähigen Waffe darum ablehnen würde, weil sie eine Erfindung seines Feindes ist.

Das Entscheidende hier aber ist der Entschluss zur sofortigen, mutigen Tat. Komitees und Ausschüsse, Programme und Anregungen gibt es die Menge, aber an eine systematische Durchführung des national Gebotenen, an eine zielbewusste Verdeutlichung der Nation ist noch niemand herangetreten. Wir fordern daher für die Kantone eine dem Erziehungsdepartement zugeordnete Leitung für alle Belange der nationalen Erziehung, für die Behandlung des gesamten Komplexes für Volks-, Mittel-, Hochschulen — Berufsschulen — Arbeitslager, Sport, Presse, Kino und alle einschlägigen Fragen auf dem Gebiete der gesamten Kulturpolitik. Wir brauchen eine klarumschriebene Gesamtverantwortung.

Wir fordern weiterhin im Departement des Innern eine Propagandastelle, die keine andern Befugnisse braucht, als das Recht und die Mittel mit allen Instrumenten der modernen Werbe-Kunst zu arbeiten. Kino, Theater, Presse, nicht zuletzt die illustrierten Zeitungen, das Plakat, das Radio, sollen von ihr herangezogen werden können. Wir können uns die Ueberwachung des Nachrichtendienstes, zum Zweck der Berichtigung bewusster Falschmeldungen und Tendenzberichte, die propagandistische Vertretung des eidgenössischen Gedankens in den Bereich einer solchen Stelle denken. Der Bundesrat ist mit seinem Bundesbeschluss betreffend schweizerische Kulturwahrung und Kulturwerbung diesen Forderungen grundsätzlich entgegengekommen. Ein Urteil darüber ist erst möglich, wenn die Stiftung *Pro Helvetia* in Tätigkeit getreten ist. Hoffen wir, sie werde mehr als ein Subventionsinstitut für kulturpolitische Zwecke. Sie wird so viel wert sein als die Persönlichkeiten, die sie leiten.

Wir postulieren mit der gesamten, nationalen und demokratischen Lehrerschaft das Obligatorium für nationale Erziehung, geistiger und körperlicher, an der Volks-, Mittel- und an der Hochschule und ganz besonders auch für die erwerbstätige Jugend.

Auch die Wirtschaft bedarf der Durchdringung mit der nationalen Idee und Moral; sie muss auf dem Grundsatz der Leistung und Solidarität aufbauen, sie muss im schweren Kampf um die Auslandsmärkte einig sein und sich nicht gegenseitig bekämpfen, wie das vielfach der Fall ist und unserem Lande zu grossem Schaden gereicht. Der Haltung und Einstellung der Wirtschaft und ihrem Verhältnis zum Staat kommt eine grosse Bedeutung hinsichtlich unserer Unabhängigkeit zu. In der Wirtschaft wird sich nicht zuletzt das Los der Freiheit entscheiden. Ihre Stärke und Selbständigkeit sind Lebensfaktoren der Nation. Wird sie vom Ausland abhängig oder verfällt sie dem Staat, so ist beides unser Verderben. Gerade aber in den Bereichen des Wirtschaftlichen mangelt die Veranschaulichung der nationalen Solidarität und Aktion. Alle unsere grossen Werke sind den politischen Parteien verfallen, keines vollzieht sich als Schöpfung der Nation. Es ist bedauerlich, wie die nationale Phantasielosigkeit verschuldet, dass das positiv Geleistete dem

Volk nicht entsprechend als nationale Tat zum Bewusstsein gebracht wird.

Eine nationale Arbeitsbeschaffung im positiven Sinne muss dem Volke zusätzliche und weiterwirkende Existenzkraft geben. Sie muss daher auf der Industrie, auf dem Export und auf dem Gebiet der sogenannten Innenkolonisation aufbauen. Hier möchten wir an die Landesplanung erinnern, in deren Zusammenhang auch diese Dinge hineingehören, speziell an die Möglichkeit systematischer Umsiedlung, die das im Tiefland gerodete Gebiet durch Aufforstung der Gebirgstäler im Waldbestand auszugleichen trachtet. Sie löst zudem den sozial konstruktiven Zweck, die Kleinsiedelung zu fördern und die Proletarisierung einzudämmen.

Diese Arbeiten alle müssen jedoch unter dem Titel eines nationalen Werkes über den Parteien von einer zuvorkommenden Führung geschaffen werden, und dürfen nicht in die Auseinandersetzungen der Interessen hineingeraten. Sie dürfen namentlich nicht von der öffentlichen Meinung als Parteileistung und als Ausdruck einer Parteidoktrin gewertet werden, die man der Gruppe und nicht der Nation gutschreibt.

Das Hauptaugenmerk aber muss man auf die Heranbildung einer nationaldenkenden und besonders national handelnden Jugend richten, und hier darf die Demokratie vor einem gesunden Zwang, der den geistigen Elementen unseres Staates zu entsprechen hat, nicht zurückschrecken.

Das Prinzip dabei kann in der vom Staate in gewissen Momenten obligatorisch geforderten Leistung gefunden werden und zwar körperlich und geistig. Dabei kommt es sehr darauf an, dasjenige charakterlich möglichst herauszuformen, was uns not tut und was uns fehlt: Selbstbewusstsein, vor allem Selbstgenügsamkeit und Tatkraft, Selbstvertrauen, als Pflichteinsatz und Verzichtsbereitschaft.

Zum ersten wird man darum der Jugend den Willen zu einem gesunden Körper und die Pflicht dafür zu sorgen anerziehen müssen, denn nur dadurch ist die Grundlage zur Leistung zum Lebensmut und zum entschlossenen Notertragen gegeben. Die Einführung eines Gesundheitsbüchleins und die obligatorische staatliche Leistungsprüfung im 16., 18. und 19. Jahr vor der militärischen Stellung (die Einweihung der Jungbürger) sind

Postulate in dieser Richtung. In dasselbe Kapitel gehört die vorgeschriebene Einordnung in eine grundsätzlich freiwillig gewählte, aber in Arbeit und Zielsetzung überwachte Jugendorganisation. Wer das nicht erfüllt oder wer zurückgeblieben ist, der soll in obligatorische Kurse gezwungen werden.

Die Erziehung zur Selbständigkeit und zur mutigen Verantwortung wird ergänzt durch die Notwendigkeit der Eingliederung in die Gemeinschaft und die Erkenntnis und Bejahung der daraus fliessenden Verpflichtungen, Anpassungsgebote und Beschränkungen.

Die Gemeinde wird der erste Kreis sein in deren Wesen und Pflichtenkreis, in deren geistige und materielle Grundlagen schon die Schule den jungen Bürger einführen muss, und zwar in der Form von Spiel und Ernst, von Mitarbeit, Genuss, Festlichkeit und Geschichte, Sozialleistung, Lebensvorgang und Symbolik.

Führung durch die Gemeindewerke von der historischen alten Mühle bis zur modernen Wasserversorgung seien auf diesem Gebiete ganz andeutungsweise erwähnt.

Daran reiht sich die zweite Stufe, die Ausweitung aus der Gemeinde zur Kenntnis von Kanton, Heimat, aber auch zum offenen Verständnis des Auslands, dem man die Werte des Vaterlandes, seine Schönheit, Freiheit, sein Recht und seine Vergangenheit entgegenhalten muss.

Auch die Arbeitslosen sollten ins nationale Erziehungswerk einbezogen werden, und zwar in dem Sinne, dass durch das Obligatorium der Arbeitslager, durch Naturalunterstützung zu Gunsten der Landwirtschaft und auch in der Weise wie die Stadt Zürich auf ihren Gütern die Arbeitslosen zur Selbstversorgung und Eigenarbeit anleitet, erzieherisch gewirkt wird. Im Prinzip sollte jeder, der vom Staat Unterstützung bekommt, zu irgend einer Arbeit gezwungen werden können nach dem Grundsatz: Keine Unterstützung ohne Gegenleistung.

Um aber auf die Jugenderziehung zurückzukommen, können Reisen, Besuche in andern Städten mit offiziellem Empfang und kundiger Führung grosse Dienste zur Förderung der Kenntnisse der Heimat leisten. Was alles vermitteln uns Burgenwanderungen, sowie Kulturausflüge auf den Spuren der Erzählungen unserer Dichter.

Nicht vergessen möchten wir Besuch und Aufenthalt in fremdsprachigen Gegenden des Landes ein mehr als dringendes Postulat. Wie lange geht es noch, bis man es zur Regel macht, die Rekrutenschulen in anderssprachige Gebiete zu verlegen, Reiseorganisationen für Schüler und Lehrlinge zu schaffen.

Ganz besonders jedoch muss man bei alledem den Zweck verfolgen, dem Schweizer sein Land, seine Reize und Schönheiten, aber auch seine Grenzen klar zu legen und näher zu bringen. Dazu ist das Studium der wirtschaftlichen Lage und Eigentümlichkeit der Schweiz von überragender Dringlichkeit. Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftskunde und -Lehre sind unerlässliche kulturpolitische und staatsbürgerliche Aufgaben.

Der Bürger, der bei wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen an die Urne gerufen wird, bedarf von Jugend an der Erziehung zum sachlichen Denken auf diesen Gebieten, und namentlich muss er die unüberschreitbaren Grenzen, die unserem armen Lande gesetzt sind, kennen, wie auch die daraus resultierenden ökonomischen Folgerungen inbezug auf die Wichtigkeit des Exports, der Arbeitsintensität und der Leistungsfähigkeit des Staates.

Es liessen sich noch viele Anregungen machen. Wir wollen jedoch auf ihre Erwähnung verzichten und nur noch in diesem Zusammenhang auf die Zusammenstellung der Kulturkommission der Neuen helvetischen Gesellschaft hinweisen, aus der man manche Anregung entnehmen kann, auf die Arbeit, die im Auftrage der Erziehungsdirektion des Kantons Zürich über die Veranstaltung von Heimat— und Gedenktagen gemacht worden ist. Und nicht zuletzt gehört die Förderung heimischen Kultur- und Kunstschaaffens, die Pflege des schweizerischen Buches und Theaters auch hierher. Es war beispielsweise eine betrübliche Erfahrung bei der Neuregelung der zürcherischen Schauspielhausfrage, wie wenig Zutrauen in nationalen-bürgerlichen Kreisen in die Möglichkeit einer vorwiegend schweizerischen Bühne vorhanden war.

Es fehlt uns nicht an Programmen, an Vorschlägen, an Technikern, Sachverständigen und Gutachtern, es fehlt uns an Gesinnung und an mutigen Persönlichkeiten. Wir haben eine Menge vorbildlicher Verwalter, aber einen Mangel an schöpferischen Persönlichkeiten, die unbeirrt ihren Weg gehen, die das Gesamte

im Auge behalten und imstande sind über ihr Departement und über ihr Bureau, ihre Gruppe hinaus die Nation zu vertreten.

Die vitale geistige Haltung unseres Volkes, die ihre Wertungen aus sich alleine und aus der Bezogenheit zur Umwelt findet und sich tatbereit zur eigenen Idee bekennt, entscheidet über die Zukunft des Landes.

Heute geht es uns noch gut, aber wir dürfen die Hände nicht in den Schoss legen. Wir brauchen ein bewusstes national durchformtes, einiges Volk, aber wir werden es nicht verwirklichen, wenn wir nicht unverzüglich und sichtbar handeln.

Jakob Burckhardt

Von Benedetto Croce.

*Wir freuen uns, unsern Lesern mit der freundlichen Erlaubnis des hochgeschätzten Autors die nachfolgende Studie über Jakob Burckhardt darbieten zu können. Sie ist Benedetto Croces neuestem, soeben erschienenen Werk: *La Storia come pensiero e come azione*. (Die Geschichte als Gedanke und als Tat) Bari, Laterza 1938 entnommen, und zwar dem Kapitel: *La storiografia senza problema storico* (Die Geschichtsschreibung ohne historische Probleme).*

Auf einem Wege, der demjenigen Leopolds von Ranke gerade entgegengesetzt war, kam ein Autor wie Jakob Burckhardt dazu, sich mit Geschichte zu befassen und Geschichtswerke zu schreiben, die, obwohl im übrigen von denen Rankes ganz verschieden, gleich ihnen der historischen Probleme bar waren. Was Ranke anbelangt, hatte Burckhardt in seiner Jugend eine starke Abneigung gegen die von jenem vertretene Neutralität empfunden, gegen den flauen Charakter des Mannes, gegen seinen Mangel an künstlerischem Empfinden, gegen eine gewisse Fadheit, die er an ihm spürte, die Fadheit „des guten Gesellschafters ohne Charakter“. Von Philosophie wollte und konnte Burckhardt nichts wissen: er hatte an der Berliner Universität den alten Schelling gehört, und es war ihm dabei un-